

Vom Friedensprojekt zur Sicherheitsgarantin? Das neue Schutzversprechen der Europäischen Union in Zeiten existenzieller Ungewissheit

Aline Bartenstein, Hendrik Hegemann und Oliver Merschel*

This article analyses how and to what extent a new guiding narrative of European integration manifests itself in recent self-portrayals of the European Union (EU) as a guarantor of security and protection. This image creates and reproduces specific conceptions of the EU's self and its fundamental "raison d'être". The article shows that security in this context does not primarily denote the defense against concrete threats to the physical security of European citizens or critical infrastructures in a specific policy field. Rather, security is understood as a societal value that includes a much broader and more fundamental promise of stability, comfort and certainty in times perceived as crisis-ridden. The image of the EU as a guardian of comprehensive security and protection thus represents an attempt to provide a response to a widespread perception of a fundamental, often diffuse anxiety regarding the EU's own ability to cope with current and future challenges facing European societies.

Im Angesicht des russischen Angriffs auf die Ukraine gab sich die Europäische Union (EU) – jedenfalls zu Beginn – entschlossen. Ihre Botschaft sollte dabei auch ein Schutzversprechen nach innen gegenüber den eigenen BürgerInnen untermauern. So sagte Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen im März 2022 vor dem Europäischen Parlament: „Wir können unsere Sicherheit und den Schutz der Menschen nicht als selbstverständlich betrachten. Wir müssen dafür etwas tun“.¹ Wie und inwieweit sich der Krieg in der Ukraine und die Reaktionen darauf langfristig auch für die EU als „Zeitenwende“ erweisen werden, bleibt vorerst abzuwarten. Die Fokussierung auf umfassende Sicherheit und den Schutz der BürgerInnen als zentrale Leitorientierung ist in der Selbstdarstellung der EU aber ein bereits seit einigen Jahren verstärkt zu beobachtender Trend. Europäische Institutionen unterstreichen kontinuierlich das Vorhaben, eine gemeinsame „Sicherheitsunion“ etablieren zu wollen oder beschwören die Arbeit an einem „Europa, das schützt“. Jenseits von klassischen Diskussionen um den Ausbau militärischer und diplomatischer Fähigkeiten oder den Kampf gegen Bedrohungen wie Terrorismus und organisierte Kriminalität geht es dabei zunehmend darum, die europäischen Gesellschaften und die Grundlagen ihrer „Lebensweise“ umfassend zu schützen und mit Blick auf eine ungewisse, vielen Menschen Sorgen bereitende Zukunft krisenfest zu machen. So schlug die Europäische Kommission 2020 nicht zuletzt mit Blick auf die Lehren aus der COVID-19-Pandemie und deren Folgen die Errichtung eines „zukunftsfähigen Sicherheitsumfeldes“, das verschiedenste Themenbereiche überspannt, vor und betonte den

* Dr. Aline Bartenstein, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Universität Hamburg.
Dr. Hendrik Hegemann, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Universität Hamburg.
Oliver Merschel, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik, Universität Hamburg.

Die dieser Publikation zugrundeliegende Forschung wurde gefördert durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung im Rahmen des Projekts „Zusammenhalt durch Sicherheit? Diskurse, Interaktionen und Praktiken des europäischen Zusammenhaltes im Feld Sicherheit“ (ZUSE).

1 Europäische Kommission: Rede von Präsidentin von der Leyen auf der Plenartagung des Europäischen Parlamentes zu Russlands Aggression gegen die Ukraine, 1. März 2022, abrufbar unter: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/speech_22_1483 (letzter Zugriff: 7.6.2022).

Grundsatz, dass „wir für den Schutz unserer Bürgerinnen und Bürger nichts unversucht lassen dürfen“.²

Dass sich die EU aktiv darin einbringt, die Sicherheit ihrer BürgerInnen zu gewährleisten, ist alles andere als neu. Spätestens seit der Errichtung des Schengenraums wird Sicherheit auch grenzüberschreitend organisiert. Es fällt allerdings auf, dass europäische Institutionen und Mitgliedstaaten in den letzten Jahren zunehmend die Rolle der EU als Garantin umfassender Sicherheit für ihre BürgerInnen als zentrales Ziel und wesentlichen Zweck europäischer Integration betonen. Die Forschung zu Leitnarrativen der europäischen Integration hat sich bisher vor allem auf solche Selbstbilder und -legitimationen konzentriert, die auf die Gestaltung einer besseren Zukunft vor dem Hintergrund der eigenen, als negativ erachteten Vergangenheit abzielen und dabei jeweils die Verwirklichung bestimmter, im weitesten Sinne liberaler Werte zur zentralen Aufgabe der EU erklären. So hat diese sich öffentlich immer wieder zum Ziel gesetzt, friedliche Beziehungen zwischen zuvor regelmäßig in gewaltsamen Auseinandersetzungen verstrickten Staaten zu ermöglichen, durch den Binnenmarkt den gemeinsamen Wohlstand zu mehren oder als „Wertegemeinschaft“ Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit zu befördern.³ Der vorliegende Beitrag fragt nun, ob sich in den erwähnten Selbstbeschreibungen der EU als Garantin umfassender Sicherheit und weitreichenden Schutzes ein grundsätzlich neues Leitnarrativ abzeichnet, das sowohl über bekannte Prozesse der „Versicherheitlichung“ einzelner Politikbereiche als auch über vorhandene Erzählungen des europäischen Integrationsprojekts hinausreicht. Er fragt zudem, wie ein solches Leitnarrativ aussieht und welche Konsequenzen damit verbunden sein könnten.

Im Fokus der Analyse steht daher, wie und inwieweit sich in jüngeren Diskursen europäischer Sicherheit spezifische Konzeptionen des Selbst und einer grundlegenden „raison d'être“ der EU erkennen lassen. Dafür gilt es insbesondere zu untersuchen, welches Verständnis von Sicherheit entsprechenden Konstruktionen zugrunde liegt. Dieser Beitrag geht davon aus, dass Sicherheit im vorliegenden Fall nicht nur auf die Abwehr konkreter Gefahren für die physische Unversehrtheit europäischer BürgerInnen oder „kritischer Infrastrukturen“ in einem spezifischen Politikfeld abzielt. Vielmehr wird Sicherheit als gesellschaftlicher Wert verstanden, der ein deutlich breiteres und grundlegendes Schutzversprechen beinhaltet, das Stabilität, Geborgenheit und Verlässlichkeit in als krisenhaft wahrgenommenen Zeiten verheißt. Das Bild der EU als umfassende Sicherheitsgarantin stellt demnach den Versuch dar, eine Antwort auf eine verbreitete Wahrnehmung einer grundsätzlichen, oftmals diffusen Ungewissheit hinsichtlich der eigenen Fähigkeit zur Bewältigung aktueller sowie zukünftiger Herausforderungen in den europäischen Gegenwartsgesellschaften zu geben. In Verbindung mit zunehmenden Zweifeln an der liberalen Fortschrittserzählung, die den klassischen europäischen Leitnarrativen zugrunde liegt, steht in dieser Situation das Selbstbild der EU bzw. ihre

2 Europäische Kommission: EU-Strategie für eine Sicherheitsunion, COM(2020) 605 final, S. 1, 7. In der englischen Fassung spricht die Kommission gar von der Sicherheitsunion als einem eigenen „ecosystem“.

3 Vgl. dazu Vincent della Sala: Narrating Europe: The EU's Ontological Security Dilemma, in: *European Security* 3/2018, S. 266–279; Ian Manners/Philomena Murray: The End of a Noble Narrative? European Integration Narratives after the Nobel Peace Prize, in: *Journal of Common Market Studies* 1/2018, S. 185–202; Manuel Müller: Individuelle und kollektive Selbstbestimmung jenseits des Nationalstaats: Das kosmopolitisch-demokratische Narrativ der europäischen Integration, in: *integration* 4/2021, S. 251–265.

„ontologische Sicherheit“ zur Disposition.⁴ Die Idee der EU als Sicherheitsgarantin wäre in diesem Sinne Ausdruck der Suche nach einer neuen Selbstlegitimation und Selbstvergewisserung. Mit einer solchen diskursiven Verschiebung könnte sich auch die ideelle Grundausrichtung des europäischen Integrationsprojekts ändern. Es gilt daher die Annahmen und Folgen eines solchen Selbstverständnisses zu erfassen und kritisch zu reflektieren.

Zunächst beleuchtet der Beitrag aktuelle Diskurse um eine grundlegende Krise der europäischen Integration und der ihr zugrundeliegenden liberalen Fortschrittserzählungen. Im zweiten Schritt legt er dar, dass ein umfassendes Sicherheits- und Schutzversprechen in dieser Situation vor allem auf ein verbreitetes Gefühl „existenzieller Ungewissheit“ in europäischen Gesellschaften zu antworten versucht. Darauf aufbauend beleuchtet der Beitrag die Grundzüge eines sich daraus entwickelnden Narrativs, das die EU vor allem als umfassende Sicherheitsgarantin in krisenhaften Zeiten beschreibt, und illustriert dessen Inhalt und Relevanz insbesondere anhand jüngerer Diskussionen um Resilienz, Autonomie und den Schutz der europäischen Lebensweise.

Die Krise als Dauerzustand und die Suche nach einem neuen Leitnarrativ

Die Krise erscheint inzwischen endgültig als Normalzustand (in) der EU. Dies bezieht sich nicht nur darauf, dass die Bearbeitung immer neuer, sich teils gegenseitig verstärkender Krisen – von Finanzkrisen und Fluchtbewegungen über Klimawandel und Pandemie bis zum Krieg in Europa – zum dauerhaften Modus europäischer Politik geworden ist.⁵ Die Krisendiagnose richtet sich vielmehr auch auf die EU selbst. Die vielfach attestierte Politisierung europäischer Integration bietet demnach zwar grundsätzlich die Möglichkeit zu einer Erhöhung demokratischer Legitimität durch neue Formen öffentlicher Deliberation und erhöhter Responsivität. Gerade im Zusammenspiel mit dem Aufstieg (rechts-)populistischer Parteien kann sie aber auch nationalistische und euroskeptische Dynamiken befördern, die das weitere Voranschreiten des europäischen Integrationsprojekts gefährden.⁶ Mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU stand gar der Fortbestand der Union selbst zur Disposition. Was auf welche Weise und zu welchem Zeitpunkt als Krise verstanden und bearbeitet wird oder nicht, ist dabei vor allem das Ergebnis politischer Einschätzungen und Wahrnehmungen. Krisenerzählungen fungieren allerdings nicht nur als Treiber einer Politisierung des europäischen Integrationsprojekts. Vielmehr produziert und verstärkt die zunehmende öffentliche Thematisierung der Lage der Union und der vor ihr liegenden Herausforderungen auch

4 Vgl. dazu Catarina Kinnvall/Ian Manners/Jennifer Mitzen: Introduction to the 2018 European Security Special Issue: “ontological (in)security in the European Union”, in: *European Security* 3/2018, S. 249–265; Jennifer Mitzen: Anxious community: EU as (in)security community, in: *European Security* 3/2018, S. 393–413.

5 Mark Rhinard: The Crisisification of Policy-making in the European Union, in: *Journal of Common Market Studies* 3/2019, S. 616–633.

6 Zur breiteren Diskussion um die Politisierung europäischer Integration in Zeiten verbreiteter Krisenwahrnehmungen siehe etwa Liesbet Hooghe/Gary Marks: Cleavage theory meets Europe's crises: Lipset, Rokkan, and the transnational cleavage, in: *Journal of European Public Policy* 1/2018, S. 109–135; Benedetta Voltolini/Michal Natonski/Colin Hay: Introduction: the politicisation of permanent crisis in Europe, in: *Journal of European Integration* 5/2020, S. 609–624.

selbst neue Krisenwahrnehmungen.⁷ Diese vielfach diagnostizierte „Polykrise“ der EU⁸ befördert bereits zuvor prominente Forderungen nach einer wiederbelebten „Sinnstiftung“⁹ für die EU oder einer „neue[n] Meistererzählung“¹⁰ als Ersatz für die in die Jahre gekommene Idee des europäischen Friedensprojekts. Der Krieg in der Ukraine führt darüber hinaus zu neuen Apellen, eine effektive „Gegenerzählung“¹¹ zu entwickeln, mit der die EU in einem von vielen erwarteten Systemwettstreit zwischen Demokratien und Autokratien die Attraktivität des eigenen Politik- und Gesellschaftsmodells deutlich machen kann.

In Diskussionen über die europäische Integration hat das Konzept des Narrativs vor diesem Hintergrund an Bedeutung gewonnen. Narrativ meint dabei ganz grundsätzlich „eine versprochlichte Sequenz von Handlungen, Ereignissen oder/und Zuständen, zwischen denen ein Zusammenhang besteht oder hergestellt wird.“¹² Als übergreifende Erzählungen können sie Probleme und ihre Ursachen in kausale Zusammenhänge einbetten und eine kohärente Grundlage kollektiver Gemeinschaftsbildung durch die Verknüpfung unterschiedlicher Traditionen, Mythen und Erfahrungsschätze schaffen. Narrative gelten daher als besonders geeignet, um Legitimität für bestimmte Ordnungen zu generieren und Deutungshoheit in spezifischen Fragen zu erlangen. Dadurch tragen sie als sinnstiftende Erzählungen zur Konstruktion von „Europa“ als gemeinsamem Projekt bei. Sie folgen demnach „a common desire to have a story that links the current travails of the Union to the past and provides a way to face a common future“.¹³

Die Forschung hat eine Reihe solcher Leitnarrative identifiziert, die sich im Verlauf der europäischen Integration herausgebildet und dabei immer wieder an öffentlicher Prominenz verloren und gewonnen haben. Neben dem „Friedensprojekt Europa“ gehören dazu etwa auch Konzeptionen eines „globalen Europas“, „sozialen Europas“ oder „grünen Europas“.¹⁴ Letztlich handelt es sich stets um verschiedene Varianten einer liberalen Fortschrittserzählung, die als „Weg ins Helle und Offene angelegt“¹⁵ sind, was freilich nicht heißen muss, dass die EU und ihre Mitglieder diesen Ansprüchen immer widerspruchsfrei gerecht geworden wären. Die Betonung einer spezifischen Identität der EU als grenzüberschreitendes Projekt und Alternative zum klassischen Nationalstaat erfolgte nicht nur durch die Kontrastierung mit einem äußeren „Anderen“, sondern insbesondere auch in Abgrenzung von der eigenen Vergangenheit eines kriegszerrütteten

7 Voltolini/Natorski/Hay: the politicisation of permanent crisis in Europe, 2020, S. 610.

8 Jonathan Zeitlin/Francesco Nicoli/Brigid Laffan: Introduction: the European Union beyond the polycrisis? Integration and politicization in an age of shifting Cleavages, in: *Journal of European Public Policy* 7/2019, S. 963–976.

9 Daniel Göler: Die Grenzen des ‚Cost-of-Non-Europe‘-Narrativs: Anmerkungen zur Sinnstiftung der Europäischen Integration, in: *integration* 2/2012, S. 129–135, hier S. 135.

10 Ebenda.

11 Ursula Schröder: Zeitenwende, in: *Internationale Politik und Gesellschaft*, 15. März 2022, abrufbar unter: <https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/zeitenwende-1-5797/> (letzter Zugriff: 7.6.2022).

12 Albrecht Koschorke: Auf der Suche nach dem verlorenen Europa-Narrativ, in: Claudio Franzius/Franz C. Mayer/Jürgen Neyer (Hrsg.): *Die Neuerfindung Europas: Bedeutung und Gehalte von Narrativen für die europäische Integration*, Baden-Baden 2019, S. 21–32, hier S. 22.

13 della Sala: *Narrating Europe*, 2018, S. 266.

14 Zu den Hintergründen der verschiedenen Narrative siehe etwa Manners/Murray: *The End of a Noble Narrative?*, 2018.

15 Koschorke: *Auf der Suche nach dem verlorenen Europa-Narrativ*, 2019, S. 28.

Kontinents. Dieser wurde die gemeinsame Arbeit an einer durch Frieden und Wohlstand geprägten Zukunft gegenübergestellt, was allerdings in vielen Fällen zu Konflikten mit nationalen oder lokalen Identitätskonzeptionen und Erinnerungskulturen führte.¹⁶ Dabei existiert kein zentrales, allseits geteiltes „großes europäisches Epos“, sondern bestenfalls „eine Vielzahl miteinander verwobener Episoden von mittlerer Reichweite und Akzeptanz“.¹⁷ Narrative können zwar für bestimmte Phasen und Kontexte eine gewisse Dominanz und Stabilität erhalten. Es handelt sich aber nicht um unverrückbare, universale Einheitserzählungen. Sie bleiben vielmehr dynamisch und Gegenstand ständiger Kontestation, Verteidigung und Veränderung. Ein gemeinsames Narrativ ist daher auch kein Allheilmittel, mit dem sich grundsätzliche Strukturprobleme einfach überwinden ließen. Analysen verweisen dennoch seit geraumer Zeit darauf, dass diese vorgeblich sinnstiftenden Vorstellungen an Anziehungs- und Bindungskraft verlieren und „es heute keine große Erzählung mehr zu geben [scheint], die es erlaubt, nicht jede Krise zum Anlass zu nehmen, das Scheitern der Union auszurufen“.¹⁸

Aktuelle Krisen und gesellschaftliche Kontexte stellen eine besondere Herausforderung für bestehende Leitnarrative europäischer Integration dar. Dabei besteht ein grundlegendes Spannungsverhältnis. Vorhandene Erzählungen wie das Friedensprojekt oder der Binnenmarkt liefern mit Blick auf komplexe, miteinander verkoppelte und teils existenzielle Probleme wie den Klimawandel oder die COVID-19-Pandemie keine klaren Lösungsstrategien und eingängige Geschichten, was ihre gesellschaftliche Orientierungsfunktion untergräbt. Viele dieser Krisen werden zudem in Teilen als Nebeneffekte des liberalen Fortschrittsstrebens und der globalen Vernetzung und Wachstumsförderung gesehen. Ideen also, mit denen sich die EU in ihrer Außendarstellung klassischerweise identifiziert. Selbstverständnis und -legitimation der EU als Kerninstitution des Liberalismus werden somit in Mitleidenschaft gezogen von einer in soziologischen Gegenwartsdiskussionen schon länger benannten grundsätzlichen „Krise der liberalen Fortschrittserzählung“.¹⁹ Der russische Angriffskrieg in der Ukraine belebt lange vergessen geglaubte Ängste vor klassischen Sicherheitsbedrohungen durch zwischenstaatliche Kriege und nukleare Eskalationspotenziale. Er verstärkt aber auch Zweifel an der weiteren Ausbreitung liberaler, demokratischer Werte und an einer auf transnationaler Vernetzung beruhenden Globalisierung. Gleichzeitig wird aber gerade in diesem Krisenkontext politisch und gesellschaftlich ein besonderer „Bedarf nach ‚neuem Sinn‘“ artikuliert.²⁰ Es werden also starke Leitnarrative für das in die Defensive geratene europäische Integrationsprojekt eingefordert, während das vorhandene Arsenal liberaler Erzählungen diese Nachfrage scheinbar immer weniger zu befriedigen vermag.

16 Bahar Rumelili: Breaking with Europe's pasts: memory, reconciliation, and ontological (In)security, in: *European Security* 3/2018, S. 280–295; vgl. grundsätzlich dazu auch Thomas Diez: Europe's others and the return of geopolitics, in: *Cambridge Review of International Affairs* 2/2004, S. 319–335.

17 Koschorke: Auf der Suche nach dem verlorenen Europa-Narrativ, 2019, S. 28.

18 Claudio Franzius: Narrative für Europa, in: Claudio Franzius/Franz C. Mayer/Jürgen Neyer (Hrsg.): *Die Neuerfindung Europas. Bedeutung und Gehalte von Narrativen für die europäische Integration*, Baden-Baden 2019, S. 9–20, hier S. 9–10.

19 Andreas Reckwitz: *Das Ende der Illusionen: Politik, Ökonomie und Kultur in der Spätmoderne*, 6. Auflage, Berlin 2020, S. 253.

20 Koschorke: Auf der Suche nach dem verlorenen Europa-Narrativ, 2019, S. 22.

Existenzielle Ungewissheit und das Versprechen der Sicherheit

Einige BeobachterInnen schlagen vor, dass gerade in dieser Situation die Betonung von Schutz und Stabilität über unterschiedliche Politik- und Lebensbereiche hinweg ein gewinnbringendes Narrativ für die EU sein könnte: „The notion of European security and of a Europe that protects, whether in matters of public health, climate change, core values, geopolitics or the European way of life, is capable of providing a strong and compelling political narrative to maintain unity among the diversity of Member States“.²¹ Dies wirft jedoch die Frage auf, wie ein solches Schutzversprechen aussehen und welches Sicherheitsverständnis einer solchen Konzeption zugrunde liegen könnte.

Der Schutz europäischer Gesellschaften vor Krieg oder Armut gehörte seit ihren Anfängen zur Selbstlegitimation der EU. Insbesondere die „Selbstbehauptung“ Europas in einem schwierigen internationalen Umfeld wurde zu einem zentralen Ziel europäischer Integration erklärt.²² Dabei wurden eher klassische Vorstellungen äußerer Sicherheit von der nationalen auf die europäische Ebene übertragen, selbst wenn sich das Spektrum als relevant erachteter Gefahren im Verlauf zunehmend erweiterte.²³ Insbesondere nach den Anschlägen des 11. Septembers 2001 versuchte die EU, sich als „Beschützerin“ europäischer BürgerInnen vor terroristischen Gefahren zu profilieren. Diese Diskurse wurden dabei vielfach verknüpft mit möglichen weiteren Gefahren durch illegale Migration oder organisierte Kriminalität.²⁴ Diese Form kollektiver Versicherheitlichung bezog sich im Wesentlichen auf einzelne, konkrete Bedrohungen, die es durch spezifische Gegenmaßnahmen zu bearbeiten galt.

Jüngere Forschungen deuten darauf hin, dass aktuell ein weit verbreitetes Gefühl der „existenziellen Ungewissheit“ besteht, das die Fähigkeit der EU und ihrer Mitgliedstaaten anzweifelt, die anstehenden Herausforderungen angemessen zu bewältigen.²⁵ Sicherheit lässt sich in diesem Kontext nicht mehr auf ein spezifisches Politikfeld oder die Abwehr konkreter einzelner Bedrohungen begrenzen. Es geht weniger um Furcht („fear“) vor konkreten Bedrohungen, die noch die Auseinandersetzung mit dem transnationalen Terrorismus nach dem 11. September geprägt hatte, als um eine grundlegendere und breitere Besorgnis und Ungewissheit („anxiety“), die sich besonders auf die Zukunft bezieht. Diese „anxiety“ meint dabei „a sense or mood of unease, nervousness, or discomfort, associated with uncertainty and oriented toward the future“.²⁶ Eine solche Perspektive betont die emotionale und existenzielle Komponente von Erfahrungen der Unsicherheit und Ungewissheit. Es handelt sich dabei eher um einen diffusen, breiteren Aggregatzustand, der nicht abschließend aufgelöst, sondern bestenfalls kreativ bearbeitet werden kann.

21 Jens Hillebrand Pohl: Emergency, security and strategic autonomy in EU economic regulation, ERA Forum 21/2020, S. 143–154, hier S. 153.

22 Müller: Individuelle und kollektive Selbstbestimmung, 2021, S. 252–255.

23 Ole Wæver: European Security Identities, in: Journal of Common Market Studies 1/1996, S. 103–132.

24 Valsamis Mitsilegas/Jörg Monar/Wyn Rees: The European Union and Internal Security: Guardian of the People?, London 2003.

25 Kinnvall/Manners/Mitzen: „ontological (in)security in the European Union“, 2018, S. 249.

26 Catarina Kinnvall/Jennifer Mitzen: Anxiety, fear and ontological security in world politics: thinking with and beyond Giddens, in: International Theory 2/2020, S. 240–256, hier S. 242; vgl. dazu auch Emmy Eklundh/Andreja Zevnik/Emmanuel-Pierre Guittet: The Politics of Anxiety, in: dies. (Hrsg.): Politics of Anxiety, London 2017, S. 1–14.

Dieses Gefühl und seine öffentliche Thematisierung als Zeitdiagnose treten historisch immer wieder auf, erfahren aktuell aber eine besondere Konjunktur. Pandemie, Klimawandel, Fluchtbewegungen oder Krieg haben reale Auswirkungen im Hier und Jetzt. Gerade in ihrem Zusammenspiel und in Verbindung mit einer vermehrten Infragestellung der in den westlichen Gesellschaften dominierenden Wirtschafts- und Lebensmodelle wecken sie bei vielen Menschen auch grundsätzliche Zweifel an der Zukunftsfähigkeit der EU und ihrer etablierten Politikansätze mit Blick auf die Bewältigung anstehender Herausforderungen und die Absicherung bereits erreichter und als „normal“ betrachteter Lebensstandards. Sie stellen damit auch eine Herausforderung für die Identität der EU und ihre Werte dar, die spätestens seit dem Brexit, der als „life-threatening attack“²⁷ wahrgenommen wurde, ohnehin Gegenstand steigender Selbstzweifel waren. Die EU wird so selbst zur „anxious community“²⁸.

Als bedroht empfunden wird nicht nur die physische Unversehrtheit der eigenen BürgerInnen oder der „kritischen Infrastrukturen“ Europas. Zur Disposition steht damit vielmehr auch die „Sicherheit des Selbst“ oder in anderen Worten die „ontologische Sicherheit“ der EU. Ebenso wie ihre Mitgliedstaaten strebt auch die EU nach einem übergeordneten Narrativ, einer konsistenten Autobiographie und einem klaren Selbstverständnis, um ihre ontologische Sicherheit aufrechtzuerhalten und weiterhin als politische Einheit zusammenzuhalten.²⁹ Ontologische Sicherheit ist kein fester, abschließend erreichbarer Zustand, vielmehr wird in der politischen Praxis kontinuierlich um konkurrierende Entwürfe eines stabilen Selbstbildes gerungen, das unter sich wandelnden Bedingungen Halt bieten soll. Momente der Krise, die eigene Vorstellungen und Leitorientierungen infrage stellen, fordern die ontologische Sicherheit eines Akteurs in besonderer Weise heraus. Das grundlegende Selbstbild der EU wird so durch die verbreitete existenzielle Ungewissheit in europäischen Gesellschaften und die dadurch beförderte Infragestellung kaum noch hinterfragter Grundorientierungen und Zukunftserwartungen zur Disposition gestellt. Die mögliche Bedrohung des europäischen Zusammenhalts, die Unzulänglichkeit des eigenen Politikmodells und die Erschütterung des sinnstiftenden Wertefundaments sind in diesem Kontext besonders hervorzuheben.³⁰

Eine gelungene Reaktion auf Krisen und die Infragestellung des eigenen Selbstbildes besteht nicht im automatischen Festhalten an etablierten Narrativen oder der reflexhaften Abwehr von Veränderung. Sie kann sich auch in konstruktiver Gestaltung und in Anpassungsleistungen zeigen.³¹ Bei traumatisierenden Ereignissen können Narrative sogar komplett neu geschrieben werden.³² Ungewissheit lässt sich in widersprüchlichen Zeiten letztlich nicht final überwinden, sondern nur durch verschiedene Strategien bearbeiten und lenken. In vielen Fällen befördert sie Versuche zur Wiederherstellung einer vermeintlichen Gewissheit und zur Entwicklung scheinbar einfacher und klarer Antwort-

27 Luuk van Middelaar: *Alarums and Excursions: Improvising Politics on the European Stage*, Newcastle upon Tyne 2019, S. 127.

28 Mitzen: *Anxious Community*, 2018, S. 394.

29 della Sala: *Narrating Europe*, 2018, S. 266.

30 Mitzen: *Anxious Community*, 2018, S. 394.

31 Felix Berenskötter: *Anxiety, time and agency*, in: *International Theory* 2/2020, S. 273–290, hier S. 282.

32 Alexandria J. Innes/Brent J. Steele: *Memory, trauma and ontological security*, in: Erica Resende/Dovile Budryte (Hrsg.): *Memory and Trauma in International Relations. Theories, Cases and Debates*, London 2013, S. 15–29, hier S. 17.

ten. Dies geschieht etwa durch Schuldzuweisungen und Feindbilder, die Überführung in bekannte Routinen oder die Konstruktion eingängiger Stabilitäts- und Schutzversprechen. Grundsätzlich kann eine grundlegende Ungewissheit aber auch zur proaktiven Gestaltung einer offenen Zukunft genutzt werden. Hierbei kann die Infragestellung scheinbarer Gewissheiten, „Alternativlosigkeiten“ oder festgefahrener Gewohnheiten neue Räume kreativen politischen Handelns eröffnen, wenn die Offenheit und Ambivalenz politischer Prozesse als Chance begriffen wird.³³

Die Europäische Union als Sicherheitsgarantin in Zeiten existenzieller Ungewissheit: Grundzüge eines neuen Leitnarrativs

In der Selbstdarstellung der EU lässt sich seit einigen Jahren beobachten, dass die Union auf die diagnostizierte Krise ihrer etablierten Leitnarrative durch eine diskursive Verschiebung reagiert. Im Fokus steht dabei der Anspruch, die Sicherheit und den Schutz der eigenen BürgerInnen angesichts komplexer und miteinander verschränkter Krisen zu garantieren. Auffällig ist, dass die Betonung dieses Versprechens vor allem damit im Zusammenhang steht, dass dieses als grundlegende Herausforderung für die EU und ihre zentralen Ideen wahrgenommen wird. Das zeigt sich bspw. in der Rede zur Lage der Union des ehemaligen Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker im Herbst 2016. Wenige Monate nachdem sich eine Mehrheit der Abstimmenden im Vereinigten Königreich für den Austritt aus der EU ausgesprochen hatte, unterstrich dieser die Vision eines „Europa[s], das schützt, stärkt und verteidigt“. Er sah dies als Reaktion darauf, dass sich die Union „in einer existenziellen Krise“ befinde, die durch interne Spaltungen sowie das Erstarken populistischer Kräfte gekennzeichnet sei.³⁴ Seitdem taucht die Idee, dass der Schutz ihrer BürgerInnen in einem als krisenhaft wahrgenommenen Umfeld die zentrale Aufgabe der EU darstellt, regelmäßig in unterschiedlichen Ausprägungen und Kontexten auf. So benannte der Europäische Rat in seiner Erklärung von Rom aus dem Jahr 2017 als oberste Priorität „ein sicheres und geschütztes Europa“, in dem sich die BürgerInnen „sicher fühlen und frei bewegen können“.³⁵ Zuvor hatte der französische Staatspräsident Emmanuel Macron in einer Rede an der Pariser Sorbonne bereits „ein Europa, das Sicherheit in all seinen Dimensionen garantiert“ als wichtigstes Ziel und „Grundlage jeder politischen Gemeinschaft“ beschrieben.³⁶

Dieses Sicherheitsversprechen ist auch als Antwort auf das euroskeptische, insbesondere im Kontext des Brexits prominente Motiv des „take back control“ zu verstehen. Der

33 Kinnvall/Mitzen: Anxiety, fear and ontological security in world politics, 2020, S. 246–247; Bahar Rumelili: [Our] age of anxiety: existentialism and the current state of international relations, in: Journal of International Relations and Development 24/2021, S. 1020–1036.

34 Europäische Kommission: Rede zur Lage der Union 2016, Luxemburg 2016, abrufbar unter: <https://op.europa.eu/de/publication-detail/-/publication/c9ff4ff6-9a81-11e6-9bca-01aa75ed71a1> (letzter Zugriff: 7.6.2022).

35 Europäischer Rat: Erklärung der führenden Vertreter von 27 Mitgliedstaaten und des Europäischen Rates, des Europäischen Parlaments und der Europäischen Kommission. Erklärung von Rom, 25. März 2017, abrufbar unter: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/STATEMENT_17_767 (letzter Zugriff: 7.6.2022).

36 Élysée: Initiative pour l'Europe – Discours d'Emmanuel Macron pour une Europe souveraine, unie, démocratique, 26. September 2017, abrufbar unter: <https://www.elysee.fr/emmanuel-macron/2017/09/26/initiative-pour-l-europe-discours-d-emmanuel-macron-pour-une-europe-souveraine-unie-democratie> (letzter Zugriff: 7.6.2022).

Brexit hat verdeutlicht, dass das Fortbestehen der EU nicht einfach vorausgesetzt werden kann und populistische Kräfte aktiv auf den Rückbau von Integrationsfortschritten hinarbeiten. Diese Kräfte sollen im Zaum gehalten werden, indem die EU als Garantin von Sicherheit, Schutz und Stabilität dargestellt wird und nicht als Beschleunigerin des von ihren KritikerInnen beschworenen Kontrollverlustes. Sicherheit erscheint so als „neues Konsensprojekt“ und dient aus Sicht zentraler Akteure der europäischen Integration als „geeignete Replik sowohl auf krisenhafte Entwicklungen in und rund um Europa als auch auf die Akzeptanzprobleme der EU-Institutionen“.³⁷ Das, was sich hier abzeichnet, stellt demnach keine „Versicherheitlichung“ einzelner Probleme durch europäische Institutionen dar, die auf diese Weise spezifische, oftmals besonders weitgehende Eingriffsrechte in diesen Bereichen für sich reklamieren. Vielmehr zeigt sich eine „Politisierung“ von Sicherheit als übergeordnetem Wert innerhalb kontroverser öffentlicher Diskussionen um die Ausrichtung und Zukunft europäischer Integration, die auch grundlegende Fragen nach der Identität der EU und ihrer Mitgliedstaaten betreffen.³⁸ „Ein Europa, das schützt“ fungiert als Banner, unter dem sich die europäischen Regierungen versammeln können, um „besorgte BürgerInnen“ zu erreichen.

Das Versprechen von Sicherheit und Schutz dient somit in Teilen der öffentlichen Rechtfertigung einer unter Druck geratenen politischen Institution. Mit entsprechenden Äußerungen geht daher auch eine grundlegendere Legitimationsstrategie einher, die das Ziel der Sicherheit in eine Reihe mit anderen zentralen Erzählungen und Werten wie Frieden oder Wohlstand ins Herzen des europäischen Integrationsprojekts rückt und diese dadurch ergänzt oder gar teilweise ablöst. So stellte Bundeskanzlerin Angela Merkel 2018 in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung fest, dass Europa „für seine Bürger nicht nur ein Friedens-, sondern auch ein Sicherheitsversprechen bedeutet [hat]“, das es „im ganz umfassenden Sinn“ zu erneuern gelte.³⁹ Gleichzeitig reflektiert das Sicherheitsversprechen eine spezifische Wahrnehmung innerhalb europäischer Institutionen, die bestimmte Erwartungen und Emotionen in Teilen der europäischen Gesellschaften in den Fokus rückt und diese zu befriedigen versucht. Öffentliche Konstruktionen des eigenen Selbst haben jedoch stets auch einen performativen Effekt, der nicht nur bestehende Selbstbilder darstellt und vorhandene Erwartungen aufnimmt, sondern diese auch gleichzeitig produziert und damit den Rahmen denkbarer und rechtfertigbarer Handlungsoptionen prägt. Die Konstruktion eines übergreifenden Schutzversprechens dient aus Sicht der Literatur zur „ontologischen Sicherheit“ so auch der Selbstvergewisserung und Handlungsfähigkeit verunsicherter europäischer Institutionen durch ein neues Leitnarrativ, das gleichzeitig den an Zukunftsängsten leidenden Gesellschaften neue Sicherheit verspricht.

Das ist vor allem deswegen relevant, weil sich in diesem Schutzversprechen ein spezifisches Sicherheitsverständnis zeigt, das über klassische Vorstellungen hinausgeht und

37 Ulrich Schneckenner: „Ein Europa, das schützt“. Zum Verhältnis von Versicherheitlichung und Politisierung am Beispiel europäischer Sicherheit, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1/2020, S. 137–150, hier S. 148.

38 Hendrik Hegemann/Ulrich Schneckenner: Politicising European security: from technocratic to contentious politics?, in: European Security 2/2019, S. 133–152, hier S. 146.

39 Thomas Gutschker/Eckart Lohse: „Europa muss handlungsfähig sein – nach außen und innen“. Kanzlerin Merkel im Gespräch, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 3. Juni 2018.

in einem möglichen Spannungsverhältnis zu bestehenden Leitnarrativen europäischer Integration steht. Erzählungen über die EU als Friedensprojekt oder Wertegemeinschaft proklamierten typischerweise die Verwirklichung bestimmter Werte, um gemeinsam an deren Verwirklichung zur Gestaltung einer besseren Zukunft und Überwindung der eigenen Vergangenheit zu arbeiten. Jüngere Darstellungen der EU als Sicherheitsgarantin betonten demgegenüber gerade die Rolle der Union bei der Wahrung von Stabilität, Beständigkeit und Kontrolle in Zeiten existenzieller Ungewissheit. Dem liegt die Annahme zugrunde, dass damit zentralen Forderungen und Stimmungen der europäischen Gesellschaften Rechnung getragen wird. So heißt es in den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates im Juni 2014: „Die Union muss [...] als Quelle des Schutzes wahrgenommen und erfahren werden. Die Menschen erwarten von Europa, dass es ihre Interessen verteidigt und Bedrohungen fernhält, aber auch, dass es ihre Identität und ihr Zugehörigkeitsgefühl achtet. Die Union muss mehr Stärke nach außen zeigen und mehr Fürsorge nach innen.“⁴⁰ Ähnlich wird im estnischen Ratspräsidentschaftsprogramm für die zweite Jahreshälfte 2017 formuliert, dass die „raison d'être“ der EU „[e]nsuring the safety and security of Europe and the well-being of its citizens“ sei.⁴¹

Es geht in diesem Diskurs also um ein grundsätzliches Empfinden von Sicherheit als spezifischem Wert, der in modernen Gesellschaften einen besonders hohen Rang einnimmt.⁴² Der Rekurs auf diesen Wert als zentrale Orientierung vermittelt das Bild einer Union, die um das „Wohlergehen“ ihrer BürgerInnen besorgt ist. Anders als in anderen Diskursen wird die EU gerade nicht mit Öffnung, Vernetzung, Aufbruch oder Dynamik in Verbindung gebracht. Vielmehr spiegelt sie in Teilen eher rechtspopulistische Erzählstrategien der Globalisierungskritik wider. In diesen wird einem als ungewiss und unsicher dargestellten Draußen eine davon abzukoppelnde und zu schützende Innenwelt gegenübergestellt, die als „Raum der Sicherheit und Geborgenheit“ konzipiert wird, in dem die Fürsorge für die Mitglieder einer Gemeinschaft im Zentrum steht.⁴³

Insgesamt zielt das Schutzversprechen der EU an ihre BürgerInnen so nicht nur auf die Bündelung von Ressourcen oder eine bessere Koordination bei der Abwehr von Gefahren. Gerade im Angesicht unvermeidlicher Krisen in Gegenwart und Zukunft geht es vor allem um das Gefühl, dass jemand sich so gut wie möglich um den Schutz der BürgerInnen bemüht und an der Wiederherstellung eines Zustandes größtmöglicher Sorglosigkeit arbeitet. So zielt die Kommission neben einem öffentlichen Sicherheitsgefühl auch auf die Erreichung eines „Seelenfriedens“ in den europäischen Gesellschaften: „Feeling secure and having peace of mind is one of the most basic and important

40 Europäischer Rat: Europäischer Rat (Tagung vom 26./27. Juni 2014). Schlussfolgerungen, EUCO 79/14, S. 17.

41 Programme of the Estonian Presidency of the Council of the European Union 1 July 2017 – 31 December 2017, 29. Juni 2017, abrufbar unter: https://www.parlament.gv.at/PAKT/EU/XXV/EU/14/91/EU_149107/imfname_10732658.pdf (letzter Zugriff: 7.6.2022), S. 12.

42 Der Soziologe Franz-Xaver Kaufmann betonte bereits 1973, dass Sicherheit vor allem ein „gesellschaftliches Wertsymbol“ sei, das „Gewißheit, Verlässlichkeit und vor allem Beruhigung und Geborgenheit“ verspreche, siehe Franz-Xaver Kaufmann: Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem. Untersuchungen zu einer Wertidee hochdifferenzierter Gesellschaften, Münster 2012 [1973], S. 1.

43 Katja Freistein/Frank Gadinger/Christine Unrau: Häuser, Mauern und Grenzen: Rechtspopulistische Globalisierungserzählungen zwischen Bedrohungsszenario und Sicherheitsversprechen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 1/2021, S. 101–126, hier S. 103.

priorities for Europeans“.⁴⁴ Diese Aussage belegt wiederum die stark subjektive und emotionale Ausrichtung dieses Schutzversprechens. Dies mag auch als Reaktion auf eine Lesart aktueller Krisen betrachtet werden, die insbesondere die Notwendigkeit betont, Nöte und Ängste „besorgter BürgerInnen“ in der öffentlichen Ansprache stärker zu berücksichtigen. Die öffentliche Thematisierung unterstellter oder realer Gefühle ist dabei sowohl Antrieb als auch Konsequenz einer Politisierung des europäischen Integrationsprojekts.⁴⁵

Dieses Sicherheitsverständnis basiert auf einer spezifischen Problemdiagnose, die weniger konkrete physische Bedrohungen als ein diffuses Gefühl existenzieller Ungewissheit zum Inhalt hat. Insbesondere infolge der COVID-19-Pandemie thematisierten europäische Institutionen dadurch ausgelöste fundamentale Ängste. Diese verbinden sich dabei mit anderen Sorgen wie dem Klimawandel, mit denen sie in vielen Fällen verkoppelt sind. So betonte etwa Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen: „A virus a thousand times smaller than a grain of sand exposed how delicate life can be. [...] It brought into sharper focus the planetary fragility that we see every day through melting glaciers, burning forests and now through global pandemics. [...] It showed us just **how fragile our community of values really is** [Hervorhebung im Original] – and how quickly it can be called into question around the world and even here in our Union“.⁴⁶

Die eigene Existenz wird selbst in der zuvor als sicher erachteten eigenen Umgebung und alltäglichen Lebenswelt als fragil betrachtet. Anders als bei Debatten über Terrorismus oder Migration kann diese Gefahr dabei nicht ohne Weiteres einem personalisierbaren Anderen als äußerem oder innerem Feind zugeschrieben werden.⁴⁷ Als Bedrohung thematisiert wird daher vor allem eine als bedrohlich wahrgenommene Zukunft als solche, die bestehende Gewissheiten und Lebensentwürfe infrage stellt. Zukunft ist hier kein potenzielles Versprechen, das es zu gestalten gilt, sondern eine Herausforderung oder gar mögliche Gefahr, die eingehegt werden und auf die man sich vorbereiten muss.

Diese Zukunft und das mögliche Scheitern des Versuchs, sie zu meistern, wird wiederum als existenzielle Bedrohung für das europäische Integrationsprojekt verstanden, dessen Selbstlegitimation ganz wesentlich darauf fußt, eine aus der problematischen Vergangenheit des Kontinents erwachsene Antwort auf die Zukunft zu sein. Der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras etwa betonte 2018: „What is at stake to do is something of an existential nature. [...] And this means that all these crises could become an existential structural crisis for the European project“.⁴⁸ In ihrem breiten Schutzversprechen zielt die EU daher auf die Absicherung einer krisenhaften, aber noch beherrschbaren

44 Europäische Kommission: Commission Work Programme 2020. A Union that Strives for More, COM(2020) 37 final, S. 7.

45 Zur Rolle von Emotionen in Politisierungsprozessen siehe grundsätzlich C. Nikolai L. Gellwitzki/Anne-Marie Houde: Feeling the Heat: Emotions, Politicization, and the European Union, in: Journal of Common Market Studies 2022, S. 1–18.

46 Europäische Kommission: State of the Union Address by President von der Leyen at the European Parliament Plenary, 16. September 2020, abrufbar unter: https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/ov/S_PEECH_20_1655 (letzter Zugriff: 13.6.2022).

47 Verschwörungserzählungen, die gerade in Krisenzeiten neuen Zulauf erhalten, versuchen genau das. Das dürfte für die EU allerdings keine Option sein.

48 Europäisches Parlament: Debate on the Future of Europe with Alexis TSIPRAS, Greek Prime Minister: Statement by Alexis TSIPRAS (9:10 – 9:33), 11. September 2018, abrufbar unter: <https://multimedia.europar>

Gegenwart, um die existenzielle Sorge vor einer Zukunft, die immer mehr Menschen als bedrohlich oder gar apokalyptisch imaginieren, zu lindern. Charakteristisch für diese diffuse Problem diagnose ist die explizite Thematisierung von Zukunftsängsten bei gleichzeitiger Ungewissheit: „In zunehmend unruhigen Zeiten gilt die Europäische Union nach wie vor weithin als einer der sichersten Orte der Welt. Das sollten wir jedoch nicht als selbstverständlich ansehen.“⁴⁹ Eine solche, eher diffuse Zukunftsungewissheit stellt die „ontologische Sicherheit“ der EU und ihrer Leitideen vor besondere Herausforderungen.

Krisenfestigkeit, Resilienz und der Schutz der europäischen Lebensweise

Das Selbstbild der EU als Sicherheitsgarantin und das darin enthaltene grundlegende Schutzversprechen in Zeiten existenzieller Ungewissheit zeigt sich besonders deutlich in einigen Begriffen, die den sicherheitspolitischen Diskurs der EU in den letzten Jahren entscheidend geprägt haben. Zum einen findet sich ein zunehmender Fokus auf Krisenfestigkeit und Resilienz in Zeiten von Pandemien und Klimawandel. Nicht die aktive Gestaltung einer besseren Zukunft, sondern die Vorbereitung auf und die Anpassung an unvermeidliche Krisen mit dem Ziel der Bewahrung und Aufrechterhaltung einer spezifischen Vorstellung von bekannter Normalität rücken in den Mittelpunkt. So stellt der Rat der EU im Kontext der COVID-19-Pandemie fest, dass „die gegenwärtige Krise und künftige ähnlich disruptive Krisen zu systemischen Sicherheitsproblemen führen, Schwachstellen aufdecken und eine verstärkte Zusammenarbeit erfordern können“.⁵⁰ Auf diese „unvorhersehbaren Risiken und Bedrohungen“⁵¹, die eine grundlegende Vulnerabilität der Gesellschaft offenbaren und nicht durch fachpolitische Einzelmaßnahmen abgewehrt werden können, müsse mit dem Ziel reagiert werden „die Abwehrbereitschaft und Resilienz bei künftigen Pandemien und anderen Krisen sicherzustellen“⁵².

Mögliche Krisenszenarien, auf die es sich laut offizieller Strategiedokumente vorzubereiten gilt, umfassen eine Reihe konkreter Ereignisse wie Cyberangriffe, Pandemien, Extremwetterereignisse oder Versorgungsengpässe, aber auch eher strukturelle, langfristige Veränderungen wie den Klimawandel oder den Wandel der Arbeitswelt. Diese könnten aus Sicht der EU sowohl zur direkten Gefahr für „Bürgerinnen und Bürger“ werden als auch zur Herausforderung für „unsere europäische Lebensweise“.⁵³ Krisenfest und widerstandsfähig gemacht werden sollen daher nicht nur IT-Systeme oder der Katastrophenschutz, sondern auch soziale Sicherungssysteme oder politische Wahlprozesse. Der Begriff der „europäischen Lebensweise“ wurde insbesondere von der Kommission unter Präsidentin Ursula von der Leyen popularisiert, bleibt dabei aber gleichzeitig erstaunlich diffus. Versuche, ihn zu füllen, beziehen sich in der Regel recht pauschal auf unterschiedliche, typischerweise als liberal bezeichnete Werte, aber auch Ideen wie das

1.europa.eu/en/video/debate-on-the-future-of-europe-with-alexis-tsipras-greek-prime-minister-first-statement-by-alexis-tsipras-910---_I159652 (letzter Zugriff: 7.6.2022).

49 Europäische Kommission: EU-Strategie für eine Sicherheitsunion, 2020, S. 34.

50 Rat der Europäischen Union: Schlussfolgerungen des Rates zu den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die innere Sicherheit: Bedrohungen, Entwicklungen, Resilienz und Lehren für die Strafverfolgung in der EU (Tagung vom 7. Juni 2021), Dok. 9546/21, S. 2.

51 Ebenda.

52 Ebenda, S. 4.

53 Europäische Kommission: EU-Strategie für eine Sicherheitsunion, 2020, S. 1.

europäische „Sozialmodell“. Umfragen legen nahe, dass er in der öffentlichen Debatte bisher nur bedingt auf Resonanz stößt.⁵⁴ Die Verbindung des Erhalts der „europäischen Lebensweise“ mit einem breiteren Schutzversprechen, dass die Krisenfestigkeit und Widerstandsfähigkeit europäischer Gesellschaften erhöhen will, ist dennoch relevant. Sie erweitert den Rahmen der zu bewahrenden Schutzgüter und Referenzobjekte und spiegelt dabei gleichzeitig nationale Diskurse, die vor allem die materiellen, aber auch immateriellen Grundlagen sozialer Gemeinschaften als gleichermaßen bedroht wie erhaltenswert darstellen. So haben etwa in Deutschland die Diskussionen um eine Erosion des „gesellschaftlichen Zusammenhaltes“ und die Notwendigkeit seiner Förderung in den vergangenen Jahren eine erstaunliche Konjunktur erlebt. Auch beim Zusammenhalt geht es weniger um die Gestaltung der Zukunft mit Blick auf spezifische Werte wie Freiheit oder Gerechtigkeit als um den Erhalt sozialer Beziehungen und gesellschaftlicher Identitätskonzeptionen.⁵⁵ Diese kollektiven Wert- und Identitätsvorstellungen werden zunehmend auch transnational verhandelt. Die Konstruktion der „europäischen Lebensweise“ soll daher zur Stabilität des europäischen Projekts beitragen, indem sie die Bewahrung einer gemeinsamen Identität zum zentralen Referenzobjekt und Schutzobjekt macht. Macron brachte dies 2019 besonders deutlich zum Ausdruck, indem er die Neugestaltung „eines kollektiven Narrativs und einer kollektiven Vorstellung“ einforderte. Demnach müsse die EU „als Projekt der europäischen Zivilisation in Angriff genommen werden“. Die Verteidigung des europäischen Projekts sei notwendig, da Europa sonst mit dem Ende des „Westlichen Zeitalters“ untergehe.⁵⁶ Wenn es stimmt, dass die Zeit des Transformationsparadigmas, mit dem die EU als „normative Macht“ vor allem nach der aktiven Gestaltung ihrer Umgebung strebte, weitgehend vorbei ist,⁵⁷ dann liegt nahe, dass sich der Bezug auf eine „europäische Lebensweise“ vor allem nach innen richtet. Wenn die EU sich an einem Leitbild pluralistischer und diverser Gesellschaften orientieren will, stellen sich hier allerdings Fragen nach der genauen inhaltlichen Füllung dieser „Lebensweise“.

Europäische Handlungsfähigkeit und strategische Autonomie

Ein weiterer Schwerpunkt zeigt sich in der Betonung der Autonomie und Souveränität der EU, die als mögliche Antwort auf den wahrgenommenen Verlust von Kontrolle gelten. Dies hat zum einen eine eher nach außen gerichtete Komponente, die die Handlungsfähigkeit der EU als globaler Akteur sicherstellen und ausbauen will. Forderungen zur Stärkung der globalen Handlungsfähigkeit der EU prägen europäische Diskurse schon seit Längerem. Sie erfuhren aber neuen Aufschwung, als sich mit dem Brexit-Referendum das Ausscheiden einer Nuklearmacht abzeichnete und mit der Wahl Donald

54 Francois Foret/Noemi Trino: The 'European way of life', a New Narrative for the EU? Institutions' vs citizens' view, in: European Politics and Society 2022.

55 Nicole Deitelhoff/Olaf Groh-Samberg/Matthias Middell/Cord Schmelzle: Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Umriss eines Forschungsprogramms, in: Nicole Deitelhoff/Olaf Groh-Samberg/Matthias Middell (Hrsg.): Gesellschaftlicher Zusammenhalt. Ein interdisziplinärer Dialog, Frankfurt am Main 2020, S. 9–40, hier S. 11.

56 Ambassade de France en Lettonie: Ambassadors' conference – Speech by M. Emmanuel Macron, President of the Republic, 17. August 2019, abrufbar unter: <https://lv.ambafrance.org/Ambassadors-conference-Speech-by-M-Emmanuel-Macron-President-of-the-Republic> (letzter Zugriff: 18.7.2022).

57 vgl. dazu Annegret Bendiek: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU. Von der Transformation zur Resilienz, Stiftung Wissenschaft und Politik: SWP-Studie, September 2017.

Trumps zum US-Präsidenten die USA nicht länger als zuverlässiger Partner gelten konnte. Der Europäische Rat analysierte 2019, dass die EU in einer Welt, die „unbeständiger, komplexer und schnelllebiger“ geworden ist, ihre „Fähigkeit zum autonomen Handeln“ ausbauen müsse, um ihre Interessen und Werte global verteidigen zu können.⁵⁸ Der russische Angriff auf die Ukraine verstärkte diese Diskussion weiter.

Die Frage der Unabhängigkeit oder „strategischen Autonomie“ Europas wird oftmals verengt auf Aspekte gemeinsamer europäischer Kapazitäten oder Strategien in klassischen Sicherheitsfragen. Aus Sicht vieler politischer Akteure ist es aber auch wesentlicher Aspekt der breiteren Erzählung eines „Europas, das schützt“.⁵⁹ Der Erwartung, dass mit dem europäischen Integrationsprojekt ein Kontrollverlust einhergeht, wird ein Bild gegenübergestellt, in dem Schutz und Stabilität durch die europäische Integration überhaupt erst möglich werden und sich langfristig aufrechterhalten lassen. Europa ist demnach also keine Gefahr für den Schutz seiner BürgerInnen, sondern vielmehr dessen Grundlage und wird so zur Chance erklärt.⁶⁰ Frankreichs Präsident Macron, der den euroskeptischen Teil seiner Bevölkerung vom Mehrwert der EU neu überzeugen wollte, hat das Synergiepotenzial zwischen Souveränitäts- und Schutzversprechen stets besonders deutlich hervorgehoben und klargemacht, dass die Handlungsfähigkeit der EU Grundlage für den Schutz der BürgerInnen auf dem „bedrohten Kontinent“⁶¹ ist. So stellte er 2018 fest: „[I]n diesem Rahmen [können und müssen wir] eine neue europäische Souveränität erschaffen, mit der wir unseren Mitbürgern klar und entschieden vermitteln, dass wir in der Lage sind, sie zu schützen und diesen Unruhen in der Welt eine Antwort entgegenzubringen“.⁶²

Neben dieser außenpolitischen Handlungsfähigkeit wird die Idee der „strategischen Autonomie“ zunehmend mit einer Abkoppelung von globalen Abhängigkeiten als Grundlage für den Erhalt des europäischen Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells verbunden. Macron betont „die Dimension der Souveränität nach innen, als Freiheit der Eigenentwicklung im Innern in einer hochgradig interdependenten Welt“.⁶³ Daran anschließend heißt es im Programm der deutschen Ratspräsidentschaft aus dem Jahr 2020: „Die Handlungs- und Gestaltungskraft der EU im Sinne europäischer Souveränität sollten wir insbesondere in strategischen Bereichen industrieller Produktion in Europa

58 Europäischer Rat: Eine neue Strategische Agenda 2019–2024, 20. Juni 2019, abrufbar unter: <https://www.consilium.europa.eu/media/39963/a-new-strategic-agenda-2019-2024-de.pdf> (letzter Zugriff: 7.6.2022).

59 Ulrike Franke/Tara Varma: Independence play: Europe's pursuit of strategic autonomy, European Council on Foreign Relations, 18. Juli 2019, S. 45, abrufbar unter: <https://ecfr.eu/wp-content/uploads/Independence-play-Europes-pursuit-of-strategic-autonomy.pdf> (letzter Zugriff: 14.7.2022).

60 Bendiek: Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU, 2017, S. 5.

61 Felix Heidenreich: Emmanuel Macron als Philosoph: Intellektuelle Prägungen, politische Positionen und der Kampf um Deutungsmacht, in: Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Frankreich Jahrbuch 2018: Das Phänomen Macron und die Krise der Demokratie in Europa, Wiesbaden 2019, S. 41–60, hier S. 54.

62 Élysée: Die Rede des französischen Staatpräsidenten vor dem europäischen Parlament im Wortlaut, 17. April 2018, abrufbar unter: <https://www.elysee.fr/en/emmanuel-macron/2018/04/17/die-rede-des-franzosischen-staatprasidenten-vor-dem-europaischen-parlament-im-wortlaut.de> (letzter Zugriff: 11.7.2022).

63 Joachim Schild: Emmanuel Macron – europapolitischer Visionär, Revolutionär, Reformier?, in: Deutsch-Französisches Institut (Hrsg.): Frankreich Jahrbuch 2018: Das Phänomen Macron und die Krise der Demokratie in Europa, Wiesbaden 2019, S. 61–77, hier S. 63.

stärken“.⁶⁴ Hintergrund waren insbesondere Erfahrungen in der COVID-19-Pandemie, wie etwa ein Mangel medizinischer Schutzkleidung, und anschließende Lieferengpässe, die u. a. Forderungen nach der Rückverlagerung zentraler Fähigkeiten in der Pharma- und Gesundheitsbranche bestärkten und die Fragilität globaler Lieferketten verdeutlichten. Verstärkt wurde dieser fragile Zustand durch eine zunehmende Abwendung vom liberalen Welthandel hin zu geoökonomischen Rivalitäten.⁶⁵ Der russische Angriff auf die Ukraine und Konflikte mit einem sich immer autoritärer entwickelnden China vermehren die Sorgen um einseitige Abhängigkeiten in einer unkontrollierten Globalisierung. Die Fähigkeit, die eigenen BürgerInnen zu schützen und unübersichtliche wirtschaftliche und soziale Zusammenhänge zu kontrollieren, überragt in dieser Selbstdarstellung mittlerweile das Versprechen auf Effizienzgewinne einer dynamisierten Weltwirtschaft und vernetzter Gesellschaften. Der wachsende Fokus auf die Autonomie und Unabhängigkeit Europas in diesen verschiedenen Bereichen ist so insgesamt Ausdruck einer zunehmend politisierten Debatte um Souveränität, die nicht mehr nur die rechtliche und institutionelle Ausgestaltung formaler Integration betrifft, sondern zur Arena und Projektionsfläche für politische Konflikte über Inhalt und Identität der EU und ihr Verhältnis zu Nationalstaaten geworden ist. Dieser Diskurs wird insbesondere durch rechtspopulistische und euroskeptische Kritik sowie Reaktionen darauf normativ aufgeladen.⁶⁶ Das hier dargestellte Schutzversprechen dient somit auch der Untermauerung der Fähigkeit zur Selbstbehauptung und Sicherheitsgewährleistung in Zeiten existenzieller Ungewissheit, die neben der physischen Sicherheit europäischer BürgerInnen auch die Zukunft des europäischen Integrationsprojekts und der sie klassischerweise tragenden Politikentwürfe infrage stellt.

Ausblick

Dieser Beitrag hat den Inhalt und die möglichen Folgen eines neuen Leitnarrativs europäischer Integration diskutiert. Die in den letzten Jahren zunehmend prominente Beschreibung der EU als Sicherheitsgarantin beruht auf einem breit angelegten Schutzversprechen an die europäischen BürgerInnen, das in Slogans wie einem „Europa, das schützt“ oder Konzepten wie der „Sicherheitsunion“ zum Ausdruck kommt. Dies bedeutet nicht, dass andere Erzählungen wie die des europäischen Friedensprojekts oder der EU als Wertegemeinschaft dadurch gänzlich verdrängt würden. Die Untersuchung konnte jedoch zeigen, dass sich hier ein weiteres Leitnarrativ etabliert, das sich in den letzten Jahren einer besonderen Konjunktur erfreut, die weit über das engere Politikfeld der Sicherheit hinausweist. Sicherheit wird hier als gesellschaftlicher Wert konzipiert, der das Bemühen um Kontrolle und Stabilität in einem Kontext grundsätzlicher, vielfach diffuser Krisen- und Ungewissheitsdiagnosen zum Ausdruck bringen soll. Dadurch soll eine Wahrnehmung bestimmter gesellschaftlicher Erwartungen und Gefühle „besorgter“

64 Programm der deutschen EU-Ratspräsidentschaft: Gemeinsam. Europa wieder stark machen, 1. Juli bis 31. Dezember 2020, S. 6, abrufbar unter: <https://www.eu2020.de/blob/2360246/d0e7b758973f0b1f56e74730bfda99d/pdf-programm-de-data.pdf> (letzter Zugriff: 7.6.2022).

65 Thomas Christiansen: The EU's new normal: Consolidating European integration in an era of populism and geo-economics, in: *Journal of Common Market Studies* 1/2020, S. 13–27, hier S. 14.

66 Nathalie Brack/Ramona Coman/Amandine Crespy: Unpacking old and new conflicts of sovereignty in the European polity, in: *Journal of European Integration* 7/2019, S. 817–832, hier S. 818.

Gesellschaften bedient werden, wodurch diese Eindrücke allerdings gleichzeitig auch selbst befördert werden können. Diese Darstellung der EU als „Sicherheitsgarantin“ ist zugleich eine Reaktion auf die wahrgenommene Bedrohung des eigenen Selbstbildes und dient zudem der eigenen Selbstvergewisserung. Diese „ontologische Unsicherheit“ der EU speist sich sowohl aus dem Erstarken populistischer Europakritik als auch durch die Krise etablierter Leitnarrative, die auf verschiedenen Varianten einer liberalen Fortschrittserzählung basieren. In den letzten Jahren besonders prominente Begriffe wie Resilienz, strategische Autonomie oder der Schutz der „europäischen Lebensweise“ verdeutlichen, dass die Erzählung der EU als Sicherheitsgarantin den Fokus weniger auf die Gestaltung einer besseren Zukunft zur Überwindung einer problematischen Vergangenheit richtet als darauf, die EU für eine problematische Zukunft möglichst krisenfest zu machen und eine spezifische Vorstellung von Normalität in einem – wenigstens gefühlt – geschützten Raum zu erhalten.

Der Beitrag erweitert damit bestehende Debatten um europäische Sicherheit und Leitnarrative der EU. Die Forschung zur europäischen Sicherheit hat sich oftmals darauf konzentriert, wann und wie Krisen formale Integrationsschübe auch in spezifischen Bereichen sicherheitspolitischer „core state powers“ ermöglichen und legitimieren⁶⁷ oder wie europäische Institutionen auf Krisenwahrnehmungen durch bestimmte Praktiken der „security governance“ und Formen der „Versicherheitlichung“ einzelner Bedrohungen reagieren.⁶⁸ Dieser Beitrag zeigt aber, dass sich Sicherheit als Leitnarrativ europäischer Integration auf ein grundlegendes und übergreifendes Verständnis und Gefühl von Schutz, Geborgenheit und Stabilität als zentrale Aufgabe und Bestimmung der EU bezieht. Es ist daher ein anderer Begriff von Sicherheit notwendig, um aktuelle Verschiebungen in der Selbstdarstellung des europäischen Integrationsprojekts zu erfassen, die selbst über einen „erweiterten Sicherheitsbegriff“ hinausgehen. Die Konzepte der „ontologischen Sicherheit“ und „existenziellen Ungewissheit“ betonen dazu insbesondere die emotionale und existenzielle Komponente von Konstruktionen und Wahrnehmungen der (Un-)Sicherheit.⁶⁹

Daraus ergeben sich auch wichtige Impulse für zukünftige Forschungen und Anknüpfungspunkte an andere laufende Debatten. Der vorliegende Beitrag hat sich auf öffentliche Diskurse und politische Äußerungen europäischer Institutionen und EntscheidungsträgerInnen beschränkt. Wichtig wäre aber auch zu analysieren, wie und inwieweit sich die beschriebenen Erzählungen der EU als Sicherheitsgarantin auch in die alltägliche Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten und europäischer Bürokratien im „Maschinenraum“ der europäischen Integration übersetzen und sich in den Erfahrungen und Wahrnehmungen einzelner BürgerInnen und gesellschaftlicher Gruppen spiegeln.⁷⁰ Jüngere Forschungen zur Politisierung europäischer Sicherheit belegen, dass sich in

67 Grundsätzlich dazu siehe etwa Philipp Genschel/Markus Jachtenfuchs: From market integration to core state Powers. The Eurozone Crisis, the Refugee Crisis and Integration Theory, in: *Journal of Common Market Studies* 1/2018, S. 178–196.

68 Zur Vorstellung der EU als kollektivem „Versicherheitlicher“ siehe James Sperling/Mark Webber: The European Union: security governance and collective securitisation, in: *West European Politics* 2/2019, S. 228–260.

69 Vgl. grundsätzlich zu diesen Debatten Kinnvall/Mitzen: anxiety, fear and ontological security in world politics, 2020; Mitzen: *Anxious Community*, 2018.

70 Kinnvall/Manners/Mitzen: ontological (in)security in the European Union, 2018, S. 255–256.

Sicherheitsdiskursen verschiedene, teils normativ aufgeladene Vorstellungen zu Wesen und Zukunft des europäischen Integrationsprojekts zeigen.⁷¹ Analysen zentraler Konfliktlinien europäischer Integration sollten sich daher nicht auf Diskussionen über die Zuständigkeits- und Kompetenzverteilung zwischen Brüssel und den Mitgliedstaaten oder die Grenzen und Möglichkeiten europaweiter Umverteilung beschränken. Sie sollten vielmehr auch die Entwicklung neuer übergreifender Erzählungen als Antwort auf spezifische Krisendiagnosen in den Blick nehmen und dabei die Rolle von Emotionen und ihrer öffentlichen Thematisierung stärker berücksichtigen.⁷² Zudem hat die Untersuchung verdeutlicht, dass die Darstellung der EU als Sicherheitsgarantin eingebettet ist in breitere politische und gesellschaftliche Diskurse und Trends auf europäischer und nationaler Ebene. Es wäre daher gewinnbringend, noch näher zu untersuchen, wie sich Konzeptionen von Sicherheit zu – in Teilen – ähnlich gelagerten Begriffen wie „Souveränität“⁷³ oder „Zusammenhalt“⁷⁴ verhalten. Denn diese haben in den vergangenen Jahren eine ähnlich starke Konjunktur erfahren und ließen sich ebenfalls als ambivalente Reaktion auf aktuelle Krisendiagnosen und die Sorgen vor einem erstarkenden Populismus lesen.

Abschließend verdeutlicht der Beitrag auch die praktischen und politischen Folgen eines Narrativs, das die EU in erster Linie als Garantin von Sicherheit und Schutz begreift. Der Fokus liegt bei diesem weniger darauf, die Zukunft positiv zu gestalten und gemeinsame Werte zu verwirklichen. Im Zentrum steht eher die Idee, den bestehenden Status quo krisenfest zu machen und sich auf eine als letztlich unabwendbar problematisch erachtete Zukunft vorzubereiten. Die proaktive Bearbeitung anstehender Zukunftsherausforderungen, wie sie etwa in Vorstellungen eines „grünen Europas“ oder „digitalen Europas“ durchaus angelegt sind, rückt dadurch in den Hintergrund.⁷⁵ Durch eine solche Erzählung droht die EU, selbst die eigene Identität eines offenen und zukunftsgegenwärtigen Europas – und damit auch ihre „ontologische Sicherheit“ – zu untergraben. Die Forschung dazu zeigt, dass sich Ungewissheit und diffuse Zukunftssorgen auch durch ein entsprechend breites Schutzversprechen nicht final auflösen lassen. Anstatt sie verdrängen oder übertönen zu wollen, sollte die EU konstruktiv damit umgehen und nach innovativen Ansätzen und Wegen suchen, um diesen zu begegnen.⁷⁶ Dabei sollten reale gesellschaftliche Herausforderungen und Besorgnisse berücksichtigt werden, ohne liberale Kernüberzeugungen gänzlich aufzugeben oder sich auf schlichte Kontroll- und Stabilitätsphantasien zurückzuziehen. Konzeptionen wie Andreas Reckwitz' Idee eines „einbettenden Liberalismus“ etwa bieten erste Ansatzpunkte, um die stärkere Regulierung der Globalisierung und die Betonung gemeinsamer Grundwerte

71 Hegemann/Schneckener: *Politicising European security*, 2019, S. 146; Schneckener: „Ein Europa, das schützt“, 2020, S. 148.

72 Für erste Ansätze dazu siehe etwa Gellwitzki/Houde: *Feeling the Heat*, 2022.

73 Brack et al.: *Unpacking old and new conflicts of sovereignty*, 2019.

74 Deitelhoff/Groh-Samberg/Middell/Schmelzle: *Gesellschaftlicher Zusammenhalt*, 2020.

75 Ausführlich dazu vgl. Aline Bartenstein/Hendrik Hegemann/Oliver Merschel: „Sicherheitsunion“ EU: Zukunft gestalten, statt Status quo erhalten, Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg: Policy Brief 6/2021, abrufbar unter: <https://ifsh.de/publikationen/policy-brief/policy-brief-0621> (letzter Zugriff: 13.6.2022).

76 Kinnvall/Mitzen: *Anxiety, fear and ontological security in world politics*, 2020, S. 245–247.

mit einer grundlegenden Haltung der Offenheit und des Pluralismus zu verbinden.⁷⁷ Statt populistischer Kritik zuvorderst mit einem „starken Narrativ“ begegnen zu wollen, sollte ihr mit „konkreter Praxis“ entgegengetreten werden, die spezifische Probleme bearbeitet und unter Beteiligung gesellschaftlicher Akteure Strategien zur Bewältigung verkoppelter Krisen entwickelt.⁷⁸ Auf dieser Basis könnten aktuelle Krisenwahrnehmungen und Ungewissheiten als Aufruf verstanden werden, um die Zukunft Europas aktiv und kreativ zu gestalten.

⁷⁷ Zur Grundlegung dieser Idee siehe ausführlich Reckwitz: Das Ende der Illusionen, 2020, S. 285–293.

⁷⁸ Koschorke: Auf der Suche nach dem verlorenen Europa-Narrativ, 2019, S. 31–32.